

07.11.2008

Sitzungsvorlage Nr. 170/08

Gemeinsame Richtlinien der Jugendämter im Kreis Unna für Leistungen gem. §§ 22 und 23 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII)

Gremien	Jugendhilfeausschuss	Sitzungsdatum	12.01.2009
Organisationseinheit	Familie und Jugend	Berichterstattung	Sparbrod, Rüdiger
Beratungsstatus	öffentlich		
Budget-Nr.	51 , Familie und Jugend	Haushaltsjahr	2009
Produktgruppen-Nr.	51.03 , Verwaltung, Kindertagesbetreuung, Beistandschaften, UVG, BEEG	Finanzielle	
		Auswirkungen	350.000,00 €
Produkt-Nr.	51.03.02 , Tageseinrichtungen, Tagespflege		

Beschlussvorschlag

Der Kreisjugendhilfeausschuss beschließt die der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Richtlinien.

Begründung der Vorlage

Die kreiseinheitlichen Regelungen zur Kindertagespflege waren bisher in den für den gesamten Kreis Unna geltenden gemeinsamen Richtlinien der wirtschaftlichen Jugendhilfe enthalten. Im Arbeitskreis wirtschaftliche Jugendhilfe, an dem die Mitarbeiter der wirtschaftlichen Jugendhilfe und die Fachberater aus der Tagespflege teilgenommen haben, war man sich einig, die Regelungen zur Tagespflege künftig in eigenständigen kreisweiten Richtlinien darzustellen.

In diesem Zusammenhang wurden auch die durch das am 01.01.2009 in Kraft tretende Kinderfördergesetz (Kifög) vorgenommenen gesetzlichen Regelungen in die Richtlinien aufgenommen.

Gegenüber den bisherigen Richtlinien sollen folgende Änderungen vorgenommen werden:

- Erhöhung des Tagespflegesatzes auf 4,50 Euro/Stunde aufgrund der Verpflichtung zur Versteuerung der Einnahmen aus Tagespflege durch die Tagesmütter ab Januar 2009,
- Übernahme der hälftigen Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung, sofern die Tagespflegeperson aufgrund der Höhe ihrer Einkünfte rentenversicherungspflichtig wird,
- Übernahme der hälftigen Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung, sofern aufgrund der Höhe der Einkünfte der Tagespflegeperson keine Familienversicherung mehr möglich ist.

Gemeinsame Richtlinien der Jugendämter im Kreis Unna für Leistungsgemäß §§ 22 und 23 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII)

1. Voraussetzungen

Die nachstehend aufgeführten Richtlinien sind eine Arbeitshilfe für Mitarbeiter im Bereich der Förderung von Kindern in der Kindertagespflege, mit dem Ziel, auf Kreisebene für gleiche Sachverhalte und Bedingungen einheitliche Regelungen in der Kindertagespflege zu gewährleisten.

Die Eigenverantwortung der einzelnen Jugendämter und die entsprechenden Beschlüsse der Jugendhilfeausschüsse bleiben unberührt. Wesentliche Änderungen sind im Interesse einer einheitlichen Regelung mit den anderen Jugendämtern im Kreisgebiet abzustimmen.

2. Tagespflege/Tageseinrichtungen

2.1 Tagespflege

Tagespflege wird entsprechend den Bestimmungen des Sozialgesetzbuches achter Teil (SGB VIII), den §§ 4 und 17 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) sowie den entsprechenden Bestimmungen des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) gewährt.

Tagespflege wird nur gewährt, wenn die Förderung in einer Tageseinrichtung bzw. in einer OGS nicht möglich oder nicht ausreichend ist.

2.1.1 Aufwendungsersatz

Der Aufwendungsersatz wird nur für Kinder unter 14 Jahren gewährt. **Als Aufwendungsersatz wird ein Stundensatz in Höhe von 4,50 Euro gewährt.** Diese Summe teilt sich in 1/3 Förderleistung und 2/3 Sachaufwand auf.

Die Kosten für die Verpflegung sind im Tagespflegesatz nicht enthalten, sondern zwischen Eltern und Tagespflegeperson zu regeln.

Die durchschnittliche monatliche Betreuungszeit wird, soweit möglich, bei Beginn der Leistung festgelegt und monatlich ausgezahlt. Zur Bemessung der Steuerpflicht sollten der Stundenumfang sowie die auszahlenden Geldleistungen aus dem Bescheid ersichtlich sein.

Für bis zu 12 Stunden Betreuungszeit (Tagespflege) täglich wird der volle Stundensatz gezahlt, ab der 13. Betreuungsstunde wird nur noch die Hälfte des regulären Stundensatzes gezahlt.

Bei der Tagespflege wird nur die tatsächliche Betreuungszeit angerechnet. Die Dauer der zwischenzeitlichen Abwesenheit des Kindes (Tageseinrichtung für Kinder, Schule) wird in Abzug gebracht.

Bei einer Unterbrechung der Tagespflege von unter einem Viertel der monatlichen Betreuungszeit werden die Leistungen weiter gewährt. Dauert die Unterbrechung länger an, erfolgt eine Kürzung auf der Basis der Monatstage ab dem ersten Unterbrechungstag.

2.1.2 Altersvorsorge und Unfallversicherungsschutz

Sofern die Tagespflegeperson aufgrund der Höhe ihrer Einkünfte aus der Tagespflege rentenversicherungspflichtig wird, ist die Hälfte der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zu erstatten.

Soweit die Tagespflegepersonen nicht rentenversicherungspflichtig sind, werden auf Antrag, unabhängig von der Anzahl der zu betreuenden Kinder, die Hälfte der angemessenen Kosten einer Altersvorsorge bis zur Höchstgrenze von z.Zt. 39,80 Euro (die Hälfte von z.Zt. 19,9 % Versicherungsanteil einer geringfügigen Beschäftigung) monatlich übernommen, sofern diese nachgewiesen werden.

Ebenso wird der Tagespflegeperson die Hälfte der Krankenversicherungsbeiträge erstattet, soweit aufgrund der Höhe der Einkünfte aus der Tagespflege keine Familienversicherung möglich ist. Die Höhe der Erstattung richtet sich nach dem jeweils aktuellen Beitragssatz der gesetzlichen Krankenversicherungen.

Weiter wird bei entsprechendem Nachweis, ebenfalls unabhängig von der Zahl der zu betreuenden Kinder, ein Beitrag von zur Zeit maximal 6,62 Euro (1/12 des derzeitigen Jahresbeitrages des BGW) für eine Unfallversicherung übernommen.

2.1.3 Qualifizierung

Die Kosten der Qualifizierungsmaßnahme mit Ausnahme des Erste-Hilfe-Kurses werden vom Jugendamt übernommen, sofern die Tagespflegeperson für das Jugendamt tätig wird.

Die Kosten für Altersvorsorge/Unfallversicherung/Qualifizierung werden von dem Jugendamt im Kreis Unna getragen, bei dem die Tagesmutter erstmalig tätig wird. Dies gilt auch für Tagesmütter, die für mehrere Jugendämter parallel tätig werden. Sollte der Einsatz bei dem Jugendamt, bei dem die Tagesmutter erstmalig tätig wurde, beendet sein, wechselt die Erstattungspflicht für Altersvorsorge, Unfallversicherung und Qualifizierung entsprechend zu dem Jugendamt im Kreis Unna, für das die Tagesmutter dann tätig ist. Erstattungen untereinander sind nicht vorgesehen.

2.1.4 Kostenbeiträge

Die Erhebung von pauschalen Kostenbeiträgen erfolgt auf der Grundlage der Bestimmungen des KiBiz sowie der jeweiligen örtlichen Regelungen über die Höhe der Elternbeiträge für Kindertagesbetreuung.

2.2 Tageseinrichtungen für Kinder

Näheres hierzu regelt Landesrecht. Verpflegungskosten werden grundsätzlich nicht übernommen.

3. Schlussbestimmungen

Der Jugendhilfeausschuss hat diese Richtlinien in der Sitzung am 12.01.2009 beschlossen.

Die Richtlinien treten rückwirkend zum 01.01.2009 in Kraft.

Anlage

((ABES))